

Gesamtschule: Grüne fordern Gleichbehandlung

Kreis Peine (pif). „Der Genehmigung der IGS in Lengede steht nun nichts mehr im Wege“, erklärt Jürgen Streichert, Kreistagsmitglied der Grünen. „Wir erwarten den positiven Bescheid schnellstmöglich, damit im nächsten Jahr mit der 5. Klasse begonnen werden kann.“

Allerdings fordert er gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten der Grünen, Ina Korter, dass für die Neugründung von Gesamtschulen in Niedersachsen die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie für die von der Landesregierung unterstützte Einrichtung der sogenannten „Neuen Schule Wolfsburg“.

Es sei nicht akzeptabel, dass bei Gesamtschulen, insbesondere an die Anzahl der Schüler sehr viel höhere Anforderungen gestellt werden, als an das Wolfsburger Projekt, das der Stadt von der Volkswagen AG zum 70-jährigen Firmenjubiläum gestiftet wurde. Korter sprach von „zweierlei Maß und Ungleichbehandlung“. Während die Neue Schule Wolfsburg nur 80 bis 90 Schüler pro Jahrgang für die Bildung von vier Parallelklassen aufnehmen, müssten neu gegründete Gesamtschulen nachweisen, dass sich auf längere Sicht mindestens 130 Schüler anmelden würden, um mindestens fünf Parallelklassen bilden zu können. Diese Hürde führte im Endeffekt auch im Antragsverfahren der geplanten Gesamtschule in Lengede zur zweiten Elternbefragung.

„Keine Exklusivität für Wolfsburg“

Die Grünen-Politiker stellen sich hinter das pädagogische Konzept der Wolfsburger, fordern aber die Übertragung der Bedingungen auf alle Schulen. „Die Landesregierung wirbt mit dem Slogan: Für die besten Köpfe von morgen müssen wir heute die besten Schulen schaffen! Das darf nicht nur exklusiv für Wolfsburg gelten“, sagte Korter. „Wenn die Neue Schule Wolfsburg offenbar hervorragend auch als kleine Schule arbeiten kann, warum werden dann anderen Gesamtschulen so hohe Hürden in den Weg gelegt, die in der Ausführung mit immensen Kosten für den Landkreis verbunden sind?“, fragt Jürgen Streichert.

Die Grünen-Politikerin Korter wird die Ungleichbehandlung in der nächsten Woche mit einer Anfrage zum Thema im Landtag zu machen.